

Karlheinz Strasser

19.07.2017

Karlheinz Strasser nimmt zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Stellungnahme im Begutachtungsverfahren zum Ministerialentwurf des Innenministeriums, mit dem das Sicherheitspolizeigesetzes, das Bundesstraßen-Mautgesetzes 2002, die Straßenverkehrsordnung 1960 und das Telekommunikationsgesetzes 2003 geändert werden (326/ME)

Das geplante Überwachungspaket ist der Beginn des Niedergangs unserer Demokratie. Die UN-Grundrechtscharta - das Recht auf Freiheit, auf Privatsphäre - wird dadurch mißachtet. Die Demokratien dieser Erde werden zusehens zurückgedrängt. Aktuell gibt es nur mehr 27 echte Demokratien. Noch rangiert Österreich lt. dem aktuellen Demokratieindex auf dem 14. Platz. Sollte das neue Gesetz verabschiedet werden, wird sich dies rasch ändern. Durch die Forderung nach Hintertüren in den Systemen diverser Software wird das gesamte System fahrlässig gefährdet, denn dies gibt auch Kriminellen und ausländischen Geheimdiensten die Möglichkeit zur Abschöpfung und missbräuchlichen Verwendung von privaten Daten!!! Eine Neoliberale Gesellschaft braucht den freien Zugang zu allen verfügbaren Informationen, um sich ein totales Bild auf unsere globalisierte Welt zu machen. Ich protestiere dagegen, von permanenter Überwachung begleitet zu werden. Auch in Großbritannien, wo auf 11 Einwohner eine Videokamera kommt, konnten die Terrorattacken in London und Manchester nicht verhindert werden. Den kranken Gehirnen von Einzeltätern wird man nie Herr werden. Ich verlange von allen an diesen Prozessen beteiligten Personen eine kritische Haltung, und auch eine Berichterstattung, die alle Vor- und Nachteile aufzeigt, und nicht von Einseitigkeit geprägt ist! Was wird der nächste Schritt sein? Eine Verfassungsänderung zur Einführung von Predictive Policing. Schluß mit dieser Paranoja.